

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 30. Juli 1918

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgehaltene Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 87

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Papiernot und Papierverteilung: XXVII. Preiserhöhung für Zeitungspapier. — XXVIII. Vom Kampf um den Reichszuschuß für Zeitungspapier. — XXIX. Eine scharfe Attacke der Zeitungsverlegerorganisation gegen den Reichschahsekreter. — XXX. Der Modus in Österreich. — XXXI. Drei wichtige Bekanntmachungen. — XXXII. Die Zukunft des Papiermarktes. — XXXIII. Ein geordnetes größere Einschränkung im Verbrauch von Druckpapier. Kritik: Wer hilft?

Steuerfragen: Was deutsche Kriegssteuerreform und die neuen Steuern.

Korrespondenzen: Erfurt. — Glessburg. — Nürnberg. — Plauen. — Rechinghausen. — Stendal. — Tübingen.

Papiernot und Papierverteilung

XXVII. Preiserhöhung für Zeitungspapier.

Obwohl die in Nr. 42 (11. April) veröffentlichte neue Festsetzung der Aufschläge auf die Friedenspreise für die Zeit vom 1. April bis Ende September 1918 gelten sollte, ist im „Reichsanzeiger“ vom 11. Juli eine nochmalige Erhöhung der Aufschläge für das dritte Vierteljahr 1918 bekanntgegeben worden. Der Aufschlag erhöht sich danach von 32,75 auf 33,50 Mk. für Rollenpapier und von 36,75 auf 37,50 Mk. für Formatpapier bei einem Bezuge von 100 kg. Es kommen nur Tageszeitungen für diese Regelung in Betracht. Als Friedenspreis gelten für Rollenpapier durchschnittlich 21,40 Mk., es ist somit eine Verteuerung um 156,54 Proz. eingetreten.

Die mit der Reichsstelle für Druckpapier vereinbarten Preissteigerungen betreffen sich jetzt auf 5 Mk. für 100 kg. Der jetzige Aufschlag von 75 Pf. ist lediglich der Reichsstelle für Papierholz zugeordnet, der nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen sollen, mit denen sie der erhöhten Erzeugung, obwohl die Verbrauchsmenge an sich nicht vergrößert worden ist, nicht gerecht werden kann. Es soll dadurch eine Lagerbildung für den Winter ermöglicht werden. So steht kommentierend im „Setzungsverlag“ zu lesen. Die amtliche Bekanntmachung besagt lediglich, daß seitens des Lieferanten der Betrag von 75 Pf. für je 100 kg von dem ihm gezahlten Preis an die Reichsstelle für Papierholz abzuführen ist.

XXVIII. Vom Kampf um den Reichszuschuß für Zeitungspapier.

Die Zeitungsverleger haben prinzipiell einen guten Erfolg zu verzeichnen. Im Hauptauschusse des Reichstags hat am 6. Juli der Bericht des Unterausschusses für die Verteilung der Zeitungen mit Druckpapier zu einer ergiebigen Aussprache sowie zur einstimmigen Annahme eines vom Unterausschusse gestellten, aber noch erweiterten Antrags: Die bisherigen Zuschüsse zu den Kosten der Papierbelieferung der Zeitungen unvermindert fortzuführen und diese Zuschüsse auch auf Wochen- und Monatsblätter auszuweiten, so lange die durch den Krieg herbeigeführten Aufschwenken der Papierverteilung fortauern, geführt. Der Unterausschuß habe, wie der Berichtstatter erklärte, nach den Verhandlungen mit den Organisationen der Zeitungsverleger die Überzeugung gewonnen, daß durch den Fortfall oder den Abbau des Reichszuschusses (16 Mk. pro 100 kg) eine Notlage des Zeitungsverlegers eintreten würde. Es sprachen Vertreter von allen größeren Parteien, auch Männer vom Fache kamen zu Worte, die hauptsächlich den neuen Gedanken, vom 1. Juli ab den Zuschuß nur noch für das zum textlichen Teile verbrauchte Papier zu gewähren, schon aus praktischen Gründen als unzulässig abweisen, denn welche großen Unbilllichkeiten würde allein das Ausmessen verursachen. Die hohen Holzpreise, an denen die staatlichen Fortverwaltungen die Schuld tragen, die aber erst dem Beispiele von Oberost (Rußland) gefolgt seien, erfuhren als Hauptursache der Papierverteilung Kritik. (Der am 11. Juni in Berlin gegründete Verband deutscher Papierholzhändler wird seine Hauptaufgabe wohl auch in der Preisförmigkeit erblicken.) Die Zuschüsse wurden sowohl vom Reich wie von den Bundesstaaten als notwendig bezeichnet, so lange nicht die Regierung in der Lage sei, die Holzpreise er-

heblich herabzusetzen. Man gewinnt tatsächlich aus dieser Debatte den Eindruck, daß weniger die Papierfabrikanten, sondern vor allem die Bundesstaaten durch — den Preiswucher mit Holz die prekäre Lage der Zeitungsverleger herbeigeführt haben. Im preussischen Landtage war ja die Ausrufung des Oberlandesforstmeisters vor einiger Zeit, daß Holz doch nur um 150 Proz. teurer geworden sei, recht charakteristisch für das vom Staate gegebene „gute Beispiel“. So steht es mit der Preispolitik des Staates aber in allem aus! Man muß sich nur wundern, daß die Herren Abgeordneten von der ihnen doch unbeeinträchtigen Redefreiheit nicht einen Gebrauch machen, daß den Regierungskreisen Hören und Sehen vergeblich mißte. Die Bedeutung der Presse für das öffentliche Interesse fand Befragung, die Zwangslage für die kleinen Blätter, die am schlimmsten getroffen werden würden durch den Fortfall des Zuschusses, wie die Interessen der größeren Zeitungen erfuhren Hervorhebung. Von letzteren wurde erwähnt, daß Zeitungen, die im Monat zehn Waggons Papier verbrauchen, jährlich einen Ausfall von 250.000 Mark haben würden. Mehrere Redner forderten auch Ausdehnung der Zuschüsse auf die Wochen- und Monatschriften, die jetzt das Sechsfache für ihr Papier bezahlen müßten, die auch Annahme fand. Der Regierungsvertreter erklärte, dem Abbau der Zuschüsse — wohlverstanden: nicht dem Abbau der wucherischen Holzpreise! — müsse in einer Form nähergetreten werden, die der Presse keinen Abbruch bereite. Es sollten noch einmal Verhandlungen mit den Bundesstaaten und den Zeitungsverlegern stattfinden und auch die Stellungnahme des Hauptauschusses dabei berücksichtigt werden. Da der Hauptauschuß sich von dem genannten Unterausschusse ganz voll beraten fühlt, wie seine völlig gegen den Regierungsstandpunkt gerichtete Entscheidung doch beweist, so braucht die Reichsregierung sich ja nur dieser Stellungnahme anzuschließen.

Aus dem „Setzungsverlag“ vom 19. Juli ergibt sich jedoch die Befürchtung, daß die Reichsregierung sich um den Beschluß des Hauptauschusses auch nicht kümmern wird, wie sie so lange gegenüber den ständig geäußerten Wünschen der Zeitungsverlegerorganisation ebenfalls Ablehnung beobachtete. Leider kann ja der Reichstag beschließen, was er will, die Regierung bzw. der Bundesrat sind nicht verpflichtet, dem nachzukommen. Es mag bei der Reichsregierung wohl Anmut herrschen, daß sie so in ihren ausgeklügelten Abbauplänen gefestigt werden soll, und daß die Interessenvertretung der Zeitungsverleger und auch der Selbstschaffverleger es verstanden hat, mit Hilfe des Parlaments einen prinzipiellen Sieg über die Regierung zu erzielen. Der Widerstand liegt hauptsächlich beim Reichsfinanzminister; spricht doch der „Setzungsverlag“ von den „verderblichen Folgen der Haltung des Reichschahamts in dieser Angelegenheit“. Es wäre dringend zu wünschen, daß sowohl die Zeitungsverleger wie der Hauptauschuß fest beharren werden auf dem, was sie durch ihre Stellungnahme für notwendig erachtet haben. Der Regierung mehr Respekt vor dem Parlament beizubringen, ist überhaupt dringend notwendig.

Die Dinge stehen einstweilen so, daß der Reichszuschuß von 16 Mk. nur bis 31. März 1918 galt, von dann an wollte die Reichsleitung nur noch 5,33 Mk. gewähren. Für das vor dem 1. November bezogene Zeitungspapier ist die Auszahlung erst um die Jahresmitte erfolgt. Für November und Dezember 1917 war die Zahlung angewiesen, für das erste Vierteljahr 1918 ist sie erst angekündigt. Bescheunige Bewährung an die mittleren und kleineren Blätter wird verlangt. Die säumige Zahlungsweise der Zuschüsse hat auch schon zu lebhaften Klagen geführt und nicht allzu respektvolle Entschuldigungen gegen die Reichsregierung angezettelt.

XXIX. Eine scharfe Attacke der Zeitungsverlegerorganisation gegen den Reichschahsekreter.

„Papierpreis und Regierung“ beistelt sich im „Setzungsverlag“ vom 26. Juli ein offizieller großer Artikel, der die Lage der Zeitungsverleger, die Wichtigkeit der

Presse gerade jetzt und das nicht große Verständnis der leitenden Reichsstellen für das eine wie das andre eindrucksvoll behandelt und gegen den Grafen Rüdern heftige Angriffe richtet, weil dieser nicht den Vorstellungen der beiden Zeitungsverlegerorganisationen folgt, sondern den Querschnitt des Verbandes Lokalpresse (Wußch in Waffenscheid) Gehör schenkt, die auf einen Wegfall der Zuschüsse und auf zwangsweise Erhöhung der Bezugspreise hinauslaufen, welcher Plan bei der Reichsregierung schon vor Monaten weites Entgegenkommen gefunden hatte, um die Reichskasse zu schonen. Das schwerste Geschick wird dann mit folgenden Stellen aufgefahrt:

In einer Zeit — wir wiesen schon darauf hin — in der die Interessen des Reiches wieder ganz besonders der selbsttätigen, hingebungsreichen Mitarbeit der Presse bedürfen, ist man dabei, eine wichtige und wertvolle Kellerei allmählich rabiat zu machen, die Stimmung der deutschen Presse in Grund und Boden zu verderben. Der Reichstag hat einstimmig die Weiterbewilligung der Reichsmittel gefordert, die zur Niedrighaltung der Papierpreise und zur Erhaltung der Lebenskraft der deutschen Presse unbedingt notwendig sind. Warum läßt der Herr Reichschahsekreter trotzdem die deutsche Presse in dieser unerträglichen Ungewißheit ihre Spannkraft ganz nutz- und sinnlos verzehren? Wir haben an dieser Stelle schon einmal wärmend auf die Folgen einer so unbegreiflichen Handlung hingewiesen. Mit den 1600 dem Vereine Deutscher Zeitungsverleger angeschlossenen Zeitungen halten die in der Vereinigung größtenteils Zeitungsverleger aufmerksamergetreten Berliner Großzeitungen in dieser Frage durchaus zusammen. Der Herr Reichschahsekreter irr, wenn er glaubt, weil der Vorstand unseres Vereines im Falle Kellerei die Selbsthilfe der Presse mißbilligt habe, sei dadurch ein Dogma ex cathedra verkündigt, das ein für allemal deutsche Staatslektüre vor der Selbsthilfe der Presse sicherstelle. Der Gedanke dieser Selbsthilfe greift in den Kreisen der Verleger immer weiter um sich.

Will man uns durchaus nicht hören, will man in dieser kritischen Zeit der Keim zum Ruin der deutschen Presse legen, sie kenne, wenn man ihr Schreiben nicht hören will, eines Tages schweigen, bis dies Schweigen zu den Stufen des Thrones dringt. Ein so unerfessliches nationales Gut, wie das der deutschen Presse, werden die deutschen Verleger nicht ohne die entschlossenste Gegenwehr preisgeben wollen und können. Gewiß, die Organisationsleitung wird diesem Gedanken der Selbsthilfe zur Zeit noch erfolgreich entgegen, aber wir halten für unsere Pflicht, da vertrauliche Andeutungen offenbar nicht beachtet werden, öffentlich darauf hinzuweisen, daß eines Tages die Stimmung in einem Beschluß der Solidarität Ausdruck finden könnte, der über Organisationsdisziplin und Vereinstreue hinweggeht.

Das ist die Ankündigung eines Pressestreiks in aller Form! Durch Sperrdruck obendrein handgreiflicher gemacht. Was dem verflochtenen Kellerei passierte, kann morgen oder übermorgen gegen Rüdern oder gegen die ganze Regierung praktiziert werden. Es ist an sich zu begreifen, daß sich die Presse endlich auf ihre Macht befinnt. Wir haben bei anderer Gelegenheit schon die Erwartung ausgesprochen, man sollte doch der Regierung einmal Gelegenheit bieten, ohne die Presse auszuweichen. Es handelt sich jetzt auch darum, die Regierung zur Beachtung eines Parlamentsbeschlusses zu zwingen. Das kann auch sonst gute Folgen haben, müßte durchweg zur Respektierung des sich so bekundenden Volkswillens führen. Auf die mit dieser schneidigen Offensive zusammenhängenden Vorgänge im Zeitungsverlegerlager kommen wir ein andermal zu sprechen.

XXX. Der Modus in Österreich.

Sieben Millionen Kronen sind von der Regierung bis zum Jahreschluß 1918 bewilligt worden, damit die Tageszeitungen ihr Papier erheblich unter dem von den Papierfabriken festgesetzten Preise beziehen können. Die Auszahlung erfolgt direkt an die Papiererzeuger, bei uns bekanntlich an die Zeitungsverleger.

Dort fängt man also an mit einem durch die wunderbare Kriegswirtschaft aufgenötigten Brauche, während man in Deutschland schon wieder den Drückeberger machen will, obwohl, wie gezeigt, der Staat selbst der schuldhafteste Teil ist.

XXXI. Drei wichtige Bekanntmachungen.

die wir zum Teil schon besprochen haben, sind die Verordnung vom 8. Mai gegen die Preisfreiberei, die Bekanntmachung vom 17. Mai über den Handel mit Karton, Papier und Pappe und die Veröffentlichung der Papierpreise (ohne Tageszettungen), die Ende Mai von der Prüfungskommission der Reichskommission zur Sicherstellung des Papierbedarfs erging. Es hatten sich im Papierhandel so viel unregelmäßige Gepflogenheiten und Menschen dreifach gemacht, daß schon etwas Wirkameres als die bisherigen Maßnahmen gesehen wurde. Wer nach dem 1. Januar 1916 „ins Geschäft gestiegen“ ist, hat nun ausgespielt mit der Schröpfung der Papierverbraucher. Die Veröffentlichung der Papierpreise (39 für ebensoviele Sorten bzw. 10 Gattungen) hatte zunächst eine Anzahl von Anfragen an die Prüfungskommission zur Folge, was als ein Zeichen angesehen werden kann, wie notwendig einige Ordnung ist; denn müßergerichtig wird sie ja doch nicht mehr werden, nachdem zu lange die Dinge geschrieben haben, wie die Verbraucher und Schieber es wollten.

XXXII. Die Zukunft des Papiermarktes.

In Nr. 59 wurde an dieser Stelle Direktor Krämer mit Interesse, aber nur zu optimistisch gefärbten Ausführungen zitiert, die wir aus Vorträgen von ihm in München und Mannheim zusammengestellt hatten. Anknüpfend sprach Direktor Krämer vor Papierhändlern in Berlin. Der Herr ist eine Autorität im Papierfach und in mehreren kriegswirtschaftlichen Ämtern tätig. Was er sagt, hat also Belang, auch wenn man zu seinen Prophezeiungen nicht ohne Zweifel stehen kann. Wir lassen Direktor Krämer nur insofern reden, als er Neues hat.

Eine halbe Million Tonnen Papier sei im Herbst 1917 bei der Bestandaufnahme vorhanden gewesen, damit hätte der Bedarf Deutschlands auf viele Monate hinaus gedeckt werden können. Die Papierherzeugung wäre seitdem hinaufgegangen, der Verbrauch aber zurück. Weil er zwangsweise eingeschränkt wurde, hätte der Redner hinzufügen sollen. Die Herstellung von Spinnpapier sei in letzter Zeit geringer geworden, auch der Bedarf an Sachpapier. Die Rohstoffe werden also, folgerte Direktor Krämer, ausreichen, eine größere Erzeugung für Druck, Verlag und Papierverarbeitung zu ermöglichen. Wozu bemerkt sein mag, daß der Ende Juni von der Zeitungswirtschaft abgelaufene Sparerlaß auf das Gegenteil hindeutet. Wenn es dann gar hieß: Maßgebende Stellen und die papierverarbeitende Industrie dächten deshalb an eine teilweise Ausfuhr, so zweifeln wir nicht an dieser hilfreichen Absicht, denn Deutschland muß den Kreis seines Exportes schon jetzt wieder vergrößern, um seine Valuta zu reparieren, aber dieses den Papierinteressenten sicherlich auch sehr einträgliche Geschäft wird auf Kosten der deutschen Verbraucher gehen.

Die Papierpreise haben nach Ansicht Krämers den Höchststand erreicht, was uns ebenso gewagt klingt wie die im Tarifauschusse vernommene Vorkauf von der Besserung in den Lebensmittelpreisen. Eine Verbilligung der Rohstoffe und Holzschiff hielt der Vortragende im weitesten Maße für möglich, immerhin werden sie nach seiner eigenen Meinung noch um 50 Proz. teurer bleiben als vor dem Kriege. Also werden auch die Papierpreise sinken, ein Preissturz aber vermieden werden. Der „Zeitungsvorlag“ vom 26. Juli hebt dagegen hervor, daß infolge der Vervollkommnung des Galvanisierens dauernd hohe Papierpreise drohen. Redner geißelte in scharfen Worten noch die Gewinnucht von Fabrikanten und Händlern; jeder, der übermäßig verdienen will, verderbe die allgemeine Wirtschaft; was nur zu wahr ist. Ebenso mahnte er zur Einstimmung des Kammermanns, damit die amtliche Papierbewirtschaftung nicht beeinträchtigt werde. Wenn der Landrat in diesem Jahre sein Ende nehme — dann werde die Kohlennot beendigt sein, dann werde auch allmählich die Papierknappheit aufhören. Eine Papiernot läßt Direktor Krämer bekanntlich nicht gelten.

Wie sich die Zukunft des Papiermarktes gestalten wird, ist auch für die Buchdruckerzunft von größter Wichtigkeit. Wir wünschen sogar, der Optimismus von Direktor Krämer wäre noch zu klein — aber wir vermögen noch nicht helle Tage zu sehen, wo die Zeit schon so lange gar zu bewölkt ist.

XXXIII. Angeordnete größere Einschränkung im Verbrauch von Druckpapier.

Was Direktor Krämer zu Anfang Juni in Berlin als Verbilligungspulver vorbrachte, findet durch eine Verfügung der höchsten Regierung aus den allerletzten Tagen bereits harte Entkräftung. In Anbetracht des immer noch beschiedenen empfindlichen Papiermangels wird angeordnet, daß Verwaltungs- und Geschäftsberichte, im besonderen Tätigkeitsberichte von Städten, Kreisen, Spar-

kassen und sonstigen Korporationen über größere Zeiträume (25 und 50 Jahre) zu unterbleiben haben; sie seien jetzt noch in Tausenden von Exemplaren und auf gutem Papier gedruckt worden. Das bedeutet vor allen Dingen eine nicht unerhebliche weitere Einschränkung des Buchdrucks; der Satz von solchen Arbeiten pflegt ziemlich umfangreich zu sein. Berücksichtigt man, daß (siehe „Rundschau“ Nr. 84) die Verminderung der bei der Zentralanstalt (Deutsche Bücherei in Leipzig) eingelieferten Druckschriften im Jahre 1917 erschreckend hoch war: 27153 weniger als 1916, so ist durch diese Verfügung ein noch größerer Rückgang zu erwarten, denn es wird nicht nur bei den Verwaltungs- und Geschäftsberichten noch mehr gespart werden und auch nicht allein im Königreich Sachsen.

Die ebenfalls in den letzten Wochen vom Oberkommando in den Marken in Angriff genommene entschlossene Bekämpfung der Schundliteratur, der sich sämtliche Generalkommandos, auch die in Sachsen und Württemberg, angeschlossen haben, ist anders zu bewerten, weil für literarischen Schund kein Platz sein soll. Immerhin ist dieses Aufheben für den Druck nicht ohne Belang. Die neue Liste der verbotenen Hefereien weist zwar nur 97 Nummern auf, 150 sind aber bereits in Wegfall gekommen durch bindende Erklärungen der betreffenden Verleger, diese Sachen nicht weiter erscheinen zu lassen. Schriften abergläubischen Inhaltes nehmen den breitesten Raum darunter ein. Außerdem kommt noch eine große Anzahl verbotener politischer Schriften für den Buchdruck in Frage, die manchmal unter dem ganz unverdächtigen Titel (und Aussehen) längst eingeführter Bücher in Vertrieb gebracht werden.

Die behördlich angeordnete Papierparität müßte aber aus Gründen der Gerechtigkeit gleichmäßig gehandhabt werden. Da hat in den ersten Sonntagen der Angeordnete Gothein, der in dem Zeitungspapierauschuss eine rührige Tätigkeit entfaltet, in einer Kreisstadtsrede neben der nicht immer einwandfreien, weil ungleichen Belieferung der Zeitungen mit Papier — die ereaktionäre „Deutsche Zeitung“ in Berlin soll vordem auf Anweisung militärischer Instanzen recht bevorzugt worden sein — der Regierung zum Vorwurfe gemacht, warum das neue Blatt „Arbeitertribüne“, das Gothein „ein Schmutzblatt überflüssiger Sorte“ nannte, die Genehmigung zum Erscheinen bekommen habe, die sonst wegen der Papiernot verweigert wird. Das macht sich allerdings nett, wenn zur Arbeitererhebung und -bekämpfung dienende Berzeugnisse erhalten werden, während dem allgemeinen Interesse dienende Blätter nicht wissen, wie sie mit dem geringen Papierquantum auskommen sollen.

Wenn Direktor Krämer von einer Verringerung des Papierbedarfs sprach, dem angeblich eine höhere Erzeugung gegenübersteht, so hat man für erstere durch die Ausführungen eine hinreichende Erklärung: es soll noch weniger gedruckt werden! Wir erwähnten auch bereits die dringende Ermahnung der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe zu weiterer Einschränkung. Wenn der nicht-tätigen Presse für das dritte Vierteljahr ein um 5 Proz. höherer Papierverbrauch eingeräumt worden ist, so will das eigentlich nichts besagen gegenüber den forcierten Anträgen aus diesen Verlegerkreisen, die gar zu knappe Kontingenzierung um ein höchstes Stück zu erweitern. Unter im vorübergehenden Abkrisse geäußelter Pessimismus wird also berechtigter sein als der Optimismus Krämers, von welchem wir natürlich trotzdem wünschen, er möchte doch noch seine Berechtigung erweisen können.

Wer hilft?

In Nr. 20 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ vom 17. Mai d. J. (siehe auch Nr. 58 des „Korr.“) habe ich in einem Artikel mit über „Die Zukunft der Kriegsbeschädigten“ geäußert und hatte gebeten, daß möglichst die Gesamtheit der Prinzipalität sich in den Dienst der Kriegsbeschädigtenfürsorge stellen möge, und zwar insbesondere dadurch, daß man die Betriebe zur Ausbildung der Kriegsbeschädigten Berufsgenossen offen halten möchte. Ich hatte diesen Vorschlag des näheren begründet und hatte weiter gebeten, daß man an allen Orten im Sinne dieses Vorschlags kräftig die Werbetrömmel rühren möge.

Inwiefern man dieser meiner letzten Bitte entsprochen hat, entzieht sich meiner Kenntnis; irgendwelche Angebote sind beim Tarifamt jedenfalls nicht erfolgt. Auf Grund oben erwähnten Artikels hat sich bisher nur eine Firma bereit erklärt, ihre Druckerei den Kriegsbeschädigten Berufsgenossen zum Zwecke der Ausbildung zur Verfügung zu halten. Ich bin nicht der Meinung, daß diese eine Firma der einzige Erfolg meines Artikels sein und bleiben kann, nehme vielmehr an, daß dieser Artikel vielfach übersehen worden ist, oder daß man verstimmt hat, sich im Sinne dieses Artikels zu entscheiden. Deshalb ermahne ich jenen Artikel noch einer nachträglichen Beachtung und bitte wiederholt recht dringend, sich baldigst und dauernd unserer Kriegsbeschädigten Berufsgenossen anzunehmen zu wollen.

Zur Zeit sind beim Tarifamt die nachstehenden näher bezeichneten Kriegsbeschädigten gemeldet, die auf eine baldige Berücksichtigung seitens der tariftreuen Prinzipal-

ität hoffen; der in Klammern gesetzte Ort ist der von Kriegsbeschädigten zur Befähigung gewünschte.

Seher: 370. U. Arm steif (Berlin). 385. U. Bein steif; will M.-S. werden (Sagen). 397. R. Fuß amput.; will M.-S. werden (Rheinl.). 406. Steckschuh I. Fuß; will M.-S. werden (Rheinl.). 408. U. Arm amput.; als Bureauarb. ausgeb.; auch Korrektor (an jedem Ort). 410. U. Bein amput.; will M.-S. werden (Berlin). 411. U. Hand u. Finger steif (Süddeutschland). 412. Bauchschuh, Straßspitzer in beiden Füßen; 5 Wochen Monotonie gelernt (Berlin). 422. R. Hand ohne Finger; Kunsthand; 6 Wochen Linotype gelernt (Berlin). 423. R. Arm fehlt; Meisterprüfung bestanden; Faktorenstellung (Berlin). 428. U. Unterl. amput.; will M.-S. werden (Bayern). 429. U. Arm amput.; für Bureau, auch als Korrektor (Berlin). 430. R. Hand nicht gebrauchsf. (Berlin).

Stahlgrober: 413. U. Arm verl. (Berlin).

Drucker: 387. Nervenlähmung; als Dr. nicht mehr verwendbar (Berlin). 415. R. Oberarm zerbr. (Berlin). 427. U. Arm Ellenbogen zerbr., r. Hand steif, r. Fuß künstl. durchschl., Fußgelenk steif (Berlin). 431. Nervenlähmung; kann ohne Stock nicht gehen u. stehen; nur für lit. Beschäftigung (Berlin).

Die Veröffentlichung der Liste der beim Tarifamt von gemerkten Kriegsbeschädigten soll von jetzt ab wieder in kurzen Zeiträumen erfolgen. Ich bitte, recht regen Gebrauch davon zu machen.

Berlin.

Paul Göttsche.

Steuerfragen

Das deutsche Kriegsteuerwesen und die neuen Steuern.

Am 13. Juli wurde im Reichstag eine abermalige Kriegskreditrate von 15 Milliarden Mark bewilligt. Damit ist unsere Kriegsschuld auf 139 Milliarden Mark gestiegen, eine Summe, für die man fast die halbe Welt kaufen könnte.

Ein Milliardenturn an Schulden richtet sich auf! Schon jetzt bedeuten die Steuerausgaben für das Volk eine ungeheure Belastung. Aber übersehen wir nicht, daß die Finanznot des Reiches, der Bundesstaaten, der Kreise und der Gemeinden dauernd auf dieselben und sich täglich steigert. Dabei handelt es sich nicht nur um den Steuerbetrag und Aufbringung der laufenden Ausgaben und der Kriegsschuldzinsen. Die eigentlichen Kriegsausgaben — das sind die vorerwähnten Milliardensummen — werden auf Anleihe übernommen. Wie wir damit fertig werden, ist erst unsere Sorge, wenn das Ende dieses schrecklichen Krieges gekommen ist. Es bleibt also zu sagen, daß es demnach die Steuerkrone bis jetzt noch anständig mit uns einrichtet.

Eine gerechte Steuerpolitik hätte die wichtige Aufgabe, die große, auf alle Art und Weise durch den Krieg geschwächte Volksmasse zu schützen; dahin zu wirken, daß vornehmlich diejenigen Teile der Bevölkerung Hauptträger der ungeheuerlichen Steuerlasten werden, die durch den Krieg auch ungeheure Vorteile eingeheimt haben. Dieses System hat sich indessen noch nicht durchgerungen, am wenigsten in unserer Kriegsteuererhebung. Ganz im Gegenteil sind bisher die breiten Massen die bevorzugten Objekte des Steuermachens gewesen. Die Kriegsgewinnler aber hat man mit Glacéhandschuhen angefaßt. In drei Kriegsjahren wurden bei uns nur 5,7 Milliarden Kriegsgewinnsteuern, an Einkommen- und Vermögenssteuern für eigentliche Kriegszwecke jedoch kein Pfennig erhoben. Dagegen sind nach Annahme der dritten Kriegsteuererlei die indirekten Abgaben an Verbrauchs- und Verkehrssteuern jährlich um etwa 4 Milliarden Mark gegen die letzten Friedensjahre gestiegen.

Wir haben schon früher unser Kriegsteuerwesen Betrachtungen unterworfen. Siehen wir das Fazit, so kann man nicht zu dem Refusit kommen, daß darin ein sozialer Einschlag zu erblicken, geschweige, daß wir den Grundlagen einer geordneten, planmäßigen Finanzpolitik viel näher gekommen wären. Die Gründe, daß dem nicht so ist, haben wir hier schon genügend herausgeschält. Die leichtsinig aufgebaute Hoffnung auf eine große Kriegsentwässerung, die uns aus allen Finanzen retten würde, muß sich doch immer mehr als ein Trugschluss erweisen. Die mit allen Mitteln aufrecht zu halten versuchte Doktrin der verbündeten Regierungen, den Volk nur durch die einzelfaßliche Steuererhebung herauszugiehen, hat die großen Ungerechtigkeiten unserer Kriegsteuererhebung zur Folge gehabt, daß der Besitz gekostet, die breiten Massen aber, Verberk und Verbrauch, für alles hüben müssen.

Das Verhalten der Reichsregierung hat zudem dieselbe Tendenz verfolgt. Den widersärtigen und in höchstem Grad unverständlichen, belohnen an Sabotage grenzenden Einbläserien der bundesstaatlichen Finanzstrategen hat sie stets ein williges Ohr zugeneigt und sich damit schuldig vor den Besitz gestellt. Ohne jeden Skrupel ist eine Verbrauchssteuer nach der anderen, aber keine dauernde Besteuerung geschaffen worden.

Die Steuern auf alle Gebrauchsartikel und den Konsum sind dauernde Belastungen. Sie erfahren bei jeder Finanzreform Erhöhungen und werden auf alle Gegenstände ausgedehnt, die überhaupt nur aufzutreten sind. Aber nicht genug damit, daß alle zum Lebensunterhalt notwendigen Bedarfsartikel einer empfindlich hohen Spezialbesteuerung unterworfen wurden, eine nunmehr fünfprozentige Umsatzsteuer sorgt in Bausch und Bogen für eine nochmalige Schröpfung des Konsums. An der wahnwitzigen Besteuerung aller Lebensbedürfnisse hat somit auch der Steuer-

schlus einen erschrecklichen Anfall Schuld, was uns in der nächsten Zeit noch stärker zum Bewußtsein kommen wird. Zum Scheine des Gerechten lind die Kriegsteuern vorlagen, deren dritte Serie nun erledigt ist, mit einigen befristeten Fiskalischen Forderungen. Eine kleine einmalige Vermögenssteuer in Verbindung mit dem Geleß über die Kriegsgewinnsteuer waren bisher die einzigen Vermögenssteuern. Die neu eingeführten indirekten Dauersteuern reichen zumal nicht zur Deckung des laufenden Bedarfs aus; dazu mußte auch noch die Kriegsgewinnsteuer herangezogen werden, mit der wir unsere Kriegskostenrechnung wenigstens in etwas begleichen wollten.

Und trotzdem kommen wir nicht weiter! Dauern die Steuerorgane über unsern Köpfen. Eine fortwährende Steuerbeunruhigung des Publikums ist zur Regel geworden, weil einerseits die Finanznöte ins Unermeßliche steigen und andererseits die Reichsregierung dem einseitigen Dogma zuliebe die ergiebigsten und natürlichsten Steuerquellen: Einkommen, Vermögen und Erbschaften, in bestiger Schen unberührt läßt.

Nun hat der Reichstag 4,2 Milliarden Mark neue Steuern bewilligt. Damit sind wir jedoch auf absehbare Zeit nicht am Ende, müssen vielmehr, mit dem Reichsschatzsekretär zu reden, in absehbarer Zeit von neuem an das Steuererhebungsorgan herantreten.

II.

Vor etwa Vierteljahrhundert gingen die neuen Steuerentwürfe dem Reichstage zu und wurden damit der Öffentlichkeit bekannt. Es galt, den mit einem Defizit von 2875 Mill. Mk. belasteten Jahresetat ins Gleichgewicht zu bringen, und das war nur auf dem Wege der Schaffung neuer Steuern möglich. Wer nun gehofft hatte, daß die Reichsfinanzverwaltung, schon aus Gründen gerechter Verteilung der Lasten, endlich in das Gebiet der Besteuerung energisch eingreifen würde, hatte die Rechnung ohne die einseitigen Finanzminister gemacht. Das zwölf stark dufende Blumen enthaltende Steuerbudget des Reichsschatzsekretärs hatte man, in aller Vorsicht, wieder der Belastung des Verbrauchs und Verbrauchs zugeworfen, abgesehen von einer neuen, einmaligen Kriegsgewinnsteuer auf Erwerbsgesellschaften. Es konnte einen das Gruseln ankommen, wenn man sich besah, wie die geforderten 3 Milliarden Mark an neuen Steuern zusammengehunden werden sollten. Das Schmerzlichste dabei war, daß die Rechenlücke der neuen Steuern nicht durch eine einzige wirkliche Besteuerung kompensiert war.

Hier hat nun der Reichstag, vornehmlich auf Drängen der sozialdemokratischen Partei, endlich einmal mit festem Willen den Worten die Taten folgen lassen. Über die ursprünglichen Forderungen hinaus wurden der Regierung 1200 Mill. Mk. Besteuern als Abgabe vom Kriegsmehreinkommen und Kriegsabgabe vom Vermögen bewilligt. Den von den Verbrauchsteuern hart betroffenen Volkswirtschaft kann es ein gelinder Trost sein, daß auch die Wohlhabenden einmal etwas stärker erfaßt worden sind, wenn auch noch lange nicht in dem erwünschten Maße. Der Fehler unserer Kriegsteuerverwaltung, daß die Besteuerung nur einmalige, die Verbrauchsteuern aber dauernde sind, hat sich leider nicht umstoßen lassen. Auch die sozialdemokratische Erbschaftsteuerresolution fand von den bürgerlichen Parteien Ablehnung.

Immerhin ist es ein moralischer und materieller Erfolg der dritten Kriegsteuerverwaltung, daß die Kriegsteuer der Gesellschaften im vierten Kriegsjahre durch die Einführung der Steuer auf das Mehreinkommen und Vermögen von den ursprünglich in Aussicht genommenen 600 auf 1800 Mill. Mk. Betrag gebracht worden ist. Die Mehreinkommensteuer beginnt bei Einkommen von wenigstens 10000 Mk. und bei einem darüber hinausreichenden Einkommenszuwachs von mindestens 3000 Mk., steigt auf 5 Proz. für die ersten 10000 Mk. bis auf 50 Proz. bei Mehreinkommen von mehr als 200000 Mk. Die Vermögensabgabe läßt Vermögen von weniger als 100000 Mark frei, trifft aber die größeren Vermögen mit 1 vom Tausend für die ersten 200000 Mk. und steigt bis auf 5 vom Tausend bei Vermögen von mehr als 1 Mill. Mk.

Im Grunde genommen bedeutet diese Besteuerung eine Bagatelie. Die Verbesserung der dritten Kriegsteuerverwaltung ist darin zu erkennen, daß fast 2200 Mill. Mk. Verbrauchs- und 800 Mill. Mk. Besteuern, die Börsensteuern eingerechnet, 2200 Mill. Mk. Verbrauchs- und 2000 Mill. Mk. Besteuern geschaffen sind. Mehr ließ sich an Besteuern leider nicht herausholen. Ein weiteres erfreuliches Moment ist es, daß es auf diese Weise möglich ist, das vorhandene Defizit nicht nur rechnungsmäßig, sondern in Wirklichkeit zu decken. Man muß berücksichtigen, daß die indirekten Steuern im laufenden Jahre kaum eine Milliarde Mark einbringen würden. Die Hälfte des zu deckenden Defizits hätte somit wieder in der Luft geschwebt, wenn es nach den Regierungsvorlagen gegangen wäre. Mit den vollen 2 Milliarden Mark Besteuerentnahmen ist hingegen in diesem Jahre zu rechnen. Das ist der nicht hoch genug zu veranschlagende materielle Fortschritt, während ein moralischer Erfolg darin zu erblicken ist, daß es gelang, in die mit Schanden und Prüben veredelte, unser ganzes Finanzwesen verderbende Steuerhohle der Bundesstaaten eine Brücke zu legen.

Auf diesem Wege kann es angesichts der sorgfältig überprüften Finanznöte des Reiches kein Falten mehr geben. Schon die nächste Zukunft wird zeigen, daß die mit der Schaffung dauernder Besteuerungen nicht zusammenhängen. Es wird sich bei den kommenden Steuerreformen nicht nur um Mehreinkommen- und Vermögensbesteuerung handeln können, sondern wirkliche Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern werden in den Mittelpunkt der Steuererhebung treten müssen.

Es ist von vornherein abzusehen gewesen, daß es nicht möglich war, die neuen Verbrauchsteuern erheblich herabzusetzen oder ganz zu beseitigen. In Einzelheiten sind die Regierungsentwürfe zweifellos verbessert worden. Die wichtigste Verbesserung ist beim Umsatzsteuerertrag erreicht. Die Gemeinden sollen außer den in der Vorlage vorgelebten 10 Proz. des Ertrags weitere 5 Proz. bis zu einem jährlichen Betrage von 50 Mill. Mk. bekommen mit der Verpflichtung, sie zur Beschaffung billiger Lebensmittel zu verwenden. Der sozialdemokratische Antrag, die wichtigsten Lebensmittel ganz von der Lebensbedürfnisse erheblich verteuerten neuen Umsatzsteuer freizulassen, wurde nicht berücksichtigt. Für die Presse ist es von Wichtigkeit, daß es doch gelang, die Beseitigung der schriffstellerischen Erzeugnisse zu bewerkstelligen.

Von den neuen Verbrauchsteuern treten die Weinsteuer einen Monat nach der Verkündung, die Schaumweinsteuer mit dem Tage der Verkündung, die Biersteuer und die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren am 1. Oktober, die Besteuerung der Mineralwässer und Almonaden mit dem 1. August in Kraft. Ausgenommen die Weinsteuer, die am 1. Juli 1923 außer Kraft treten soll, laufen sämtliche Steuern auf unbestimmte Zeit weiter.

Ein neuen Weg hatte die Reichsregierung mit dem Vorhänge des Branntweinmonopols beschritten. Mit der Annahme deselben hat das erste Staatsmonopol in Deutschland gesetzgeberische Bewirkung erfahren! Das Branntweinmonopol bringt den Verbrauchern eine ungeheuerliche Belastung, soll es doch einen jährlichen Ertrag von 800 Mill. Mk. abwerfen, wovon 4 Millionen zur Bekämpfung der Trunksucht Verwendung finden sollen. Die Beratungen über das umfangreiche und schwierige Gesetz waren nicht nur deshalb interessant, weil es sich um die erste Monopolgesetzgebung und um die größte Verbrauchsbelastung in der Reihe der neuen Steuern handelte, sondern weil darin eine Abneigung der Regierung und der bürgerlichen Parteien gegen sehr wichtige sozialpolitische Forderungen auftrat. Hier, wo sich Gelegenheit bot, die vielgehörten Sympathieerklärungen für die sozialpolitische Neuorientierung prinzipiell in die Wirklichkeit umzumünzen, wurden die sozialdemokratischen Anträge auf partielle Zusammenlegung der Monopolverwaltung und Regelung der Arbeitsverhältnisse abgelehnt.

Auf dem Gebiete der Börsensteuern entstanden heisse Kämpfe. Der Hauptausgleich hatte in zweiter Lesung eine wesentliche Erhöhung des Aktienstempels auf 5 vom Tausend beschlossen. Darob große Protestbewegung der Börsen und Streik in Bremen, Hamburg, Berlin und Frankfurt a. M. Also Klassenkämpfereien der Börsenleute; jedenfalls eine hübsche Bereicherung der „sozialen“ Kämpfe unserer Zeit! Schließlich wurde dem Drängen dieser Kreise nachgegeben mit der Maßgabe, daß der Aktienstempel für die Kriegszeit wieder auf 3 vom Tausend herabgesetzt und der Bundesrat ermächtigt wurde, je nach den Verhältnissen den Stempel auf 4 vom Tausend zu erhöhen oder auf 2 vom Tausend herabzusetzen. Was würde wohl geschehen, wenn die Arbeiterschaft angesichts der horrenden neuen Steuern in den Streik treten würde? Die Börsenmänner, die dagegen demonstrierten, daß sie von ihren meilstens durch übermäßigen Kriegsgewinn reich und fest gewordenen Auftragsgebern 0,50 Proz. erheben sollten, mußten in Hamburg und Bremen erst durch einen Anschlag des kommandierenden Generals, daß die Wehrpflichtigen zum Seeresdienst eingezogen würden, wenn nicht sofort die „Arbeit“ wieder aufgenommen werde, also durch die Drohung mit dem Schießgraben, zur Raison gebracht werden. Ein herrliches Zeitbild! Warum sind nach dem traurigen Nürnberger Beispiele die Maschinengewehre nicht als Schreckbild auch vor den Börsen aufgeföhren?

Außer den in mancher Hinsicht belangreichen Verbesserungen der neuen Steuerentwürfe und dem Schritte vorwärts auf dem Wege der Besteuerung hat der Reichstag aus eigener Initiative noch ein dreieitiges Gesetz geschaffen. Es heißt die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und die Reichsaufsicht für Zölle und Steuern vor. Damit ist ein grundlegender Schritt in der Richtung einer Vereinheitlichung der deutschen Steuererhebung und -verwaltung getan. Der Reichsfinanzhof ist oberste Spruchbehörde für Wehrbeitrag, Besteuern, Kriegsabgaben, Erbschaftsteuer, Umsatzsteuer, Reichsstempel und Wechselstempelabgaben, Abgaben vom Personen- und Güterverkehr, Kohlensteuer. Heute entscheiden in den Reichssteuerämtern noch die obersten Spruch- und Bescheidbehörden der einzelnen Bundesstaaten endgültig, was die willkürlichste und ungleichmäßigste Behandlung aller Steuerpflichtigen zur Folge hat. Den verbündeten Regierungen ist die Schaffung einer einheitlichen obersten Instanz naturgemäß stark gegen den Strich gegangen, vorwiegend der Anknüpfung der Souveränität; die Bundesratsreferenten haben ob dieser Niederlegung bundesstaatlicher Grenzpfähle einen starken Schreck bekommen. Aber dieses Gesetz abzulehnen, wäre gleichbedeutend gewesen mit der Ablehnung der ganzen übrigen zwölf Steuererträge mit der Jahreserinnahme von 4,2 Milliarden Mark. Und davor wollte man sich wohlweislich hüten; vororglich hatte ja der Reichstag im § 25 festgelegt, daß das Gesetz mit den übrigen Steuererträgen in Kraft treten muß. Der Reichsfinanzhof wird in München seinen Sitz erhalten; Leipzig fiel ab, weil die kaiserliche Regierung aus prinzipiellen Gründen am meisten gegen die Errichtung einer solchen Reichsstelle ist.

Die gleichzeitig inaugurierte Reichsaufsicht für Zölle und Steuern bewegt sich in der gleichen vorstellbaren Richtung. Ein mit wirksamen Befugnissen ausgestatteter Reichsaufsichtsbeamter kann nun den für die Veranlagung und Erhebung der Reichsteuern maßgebenden Bezirkssteuerbeamten auf die Finger sehen. Die bisher viel be-

obachten Unterlebe im Aufkommen der Reichsteuern, zum Schaden der Reichskasse, sind nun nicht mehr leicht möglich.

Damit ist das dritte Kriegsteuerverwaltungsorgan erschöpft. Die bisher größte deutsche Finanzreform ist unter Dach. Wie bald wird eine neue folgen, denn die Ergebnisse dieses schrecklichen, geld- und menschenverzehrenden Krieges lassen sich nicht in ein zuverlässiges Kalkül pressen. Möge ein schneller Friede das weitere Steuerwesen wenigstens noch etwas mildern. Kst.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Struß. In der am 13. Juli abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde zunächst das Andenken zweier Kriegsgenossen geehrt. Nach Bekanntgabe des Klassenberichts vom Juni kam nach zur Besprechung des wichtigsten Punktes der Tagesordnung: „Die neuen Steuererzeugnisse“. Einer vom Vorsitzenden gegebenen kurzen Einleitung folgte eine recht rege Aussprache, die schließlich die einstimmige Annahme einer Entschließung zur Folge hatte, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die erhöhte Steuererzeugung der Gehilfenkasse das Durchhalten wohl erleichtere, daß aber auch diesmal wieder von einem Ausgleich den enorm gestiegenen Lebensmittel- und andern Preisen gegenüber nicht gesprochen werden könne. Bedauerlich wurde auch, daß der Termin für die Einführung der Erhöhung so weit hinausgeschoben worden ist, und daß nicht gleich die volle Erhöhung zur Auszahlung gelangt. Auch hält es die Versammlung mit Rücksicht auf die unklare wirtschaftliche Lage nicht für angebracht, die Gehilfenkasse schon jetzt festzusetzen, bis zum Frühjahr nächsten Jahres auf die Erhebung weiterer Forderungen zu verzichten, da sie in den Bewilligungen ein so großes Entgegenkommen, was eine solche Verzichtsleistung zu rechtfertigen in der Lage wäre, nicht erblicken kann. Den Gehilfenvertretern spricht die Versammlung ihren Dank aus für ihr mannhaftes Eintreten für die Gehilfeninteressen. Der Steuererzeugung für den Gauverwalter wurde sodann zugestimmt. Mit Rücksicht darauf, daß seit dem 1. Juli der Gaubeitrag um 10 Pf. erhöht ist, beantragte die Versammlung, von der Zuwendung aus der Verbandskasse in Höhe von 3 Mk. pro Mitglied 1 Mk. den Bezirken zu überweisen.

Mensburg. Die am 14. Juli abgehaltene Versammlung, zu der auch die Bezirkskollegen eingeladen waren, befaßte sich hauptsächlich mit einem Bericht über die Tarifausgleichung, welcher von unserm Gehilfenvertreter Runkler (Mensburg) gegeben wurde. Nachdem die üblichen Tagesordnungspunkte erledigt waren, beschloß er sich mit der Frage der Faktoren, Lehrlinge und Hilfsarbeiter und kam dann auf die Steuererzeugung zu sprechen. Wenn auch das Erreichte noch nicht den jetzigen Verhältnissen entspricht, erklärte sich die Versammlung doch im allgemeinen mit den Ausführungen einverstanden. Der Vorsitzende dankte dem Gehilfenvertreter für den gelungenen Vortrag.

Nürnberg. In der Versammlung am 19. Juli wurde den Mitgliedern Bericht erstattet über den Gantag und im Zusammenhange damit über die Verhandlungen des Tarifauschusses. Der Gantagsbericht wurde zur Kenntnis genommen, bedauert wurde, daß die beiden Anträge Nürnberg und Würzburg Ablehnung fanden. Der Bericht über die Tarifausgleichung zeitigte eine längere Aussprache, in der alle Redner scharfe Kritik an der Tarifamtsbekanntmachung übten, besonders die neue Überstundenberechnung fand einmütige Verurteilung. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Mitgliederversammlung nimmt den Bericht über die Verhandlungen des Tarifauschusses zur Kenntnis, sie erkennt zwar die Bemühungen der Gehilfenvertreter mit Dank an, bringt jedoch ihre Mißbilligung über die völlig unzulängliche Höhe der bewilligten Steuererzeugnisse zum Ausdruck. Die am 1. August in Kraft tretende Erhöhung kann in Anbetracht der täglich steigenden Steuererzeugung aller Bedarfs- und Genussmittel auf keinen Fall als genügend betrachtet werden. Sie bedauert ferner, daß die Prinzipale in ihrer Mehrheit sich den Lebensbedürfnissen ihrer Gehilfen gegenüber so ablehnend verhalten, und dies um so mehr, als es erstere ja jederzeit in der Hand hätten, durch Einigkeit, gleich den andern Gewerben, und durch gesunde Druckpolitik die Erhöhung auf die Auftragsgeber abzumildern. Und dies um so leichter, als die gesamte Presse in ihrer Hand ist und eine Macht zur Unterstützung dieser Druckpolitik bildet, wie sie auch nicht im entferntesten einer andern Gruppe von Unternehmern zur Verfügung steht. Die ferneren Abmachungen, wie Überstundenverpflichtung, weitere Erhöhung der Steuererzeugung ab 1. Dezember, nimmt die Versammlung nur aus Gründen der Disziplin entgegen.“ Das fünfjährige Jubiläum der diesigen Mitgliederschaft soll heuer noch in einfacher, würdiger Weise durch einen Festakt gefeiert werden, nachdem jede Aussicht auf ein baldiges Kriegsende geschwunden ist. Zugleich soll die Geschichte der Mitgliederschaft als Gedächtnis herausgegeben werden. Der letztere Punkt fand bei einem großen Teile der Kollegen lebhaften Widerspruch, und zwar der hohen Kosten wegen. Die Versammlung beschloß nach langer Aussprache, die Festchrift trotzdem in Druck zu geben. (Die Abwälzung der unvermeidlichen Produktionsverlängerung auf die Auftragsgeber, die man sich in Nürnberg auszusprechen so leicht vorstellt, wie der Gemeinverständler auf die Taschen des verehrten Publikums losläßt, wurde also schon in dem Augenblick als drückend empfunden, wo die so klar resolutionäre Mitgliederschaft selbst als Druckauftrag-

geber in Betracht kommt. Die alte Spannweite zwischen Theorie und Praxis! Ein ungenannt sein wollender Kollege hat für die Witwen unfrer gefallenen und die Frauen der vermählten Kollegen die Summe von 300 Mk. überwiesen (auf jede dieser Frauen trifft ein Anteil von 12 Mk.). Dem edlen Spender auch an dieser Stelle herzlichsten Dank!

S-g. Plauen i. V. Die Monatsversammlung am 20. Juli war recht gut besucht — es galt aber auch des Tages zu gedenken, an dem vor 50 Jahren (24. Juli) unser Ortsverein gegründet wurde. Der Vorsitzende nahm Veranlassung, nachdem das Andenken des im Alter von 67 Jahren verstorbenen Kollegen Fr. Behold in üblicher Weise gebräut war, den Erschienenen in markigen Worten den Werdegang des Vereins zu schildern. In allen, selbst den schwierigsten Zeitaltern hat sich der Ortsverein Plauen als ein würdiges Glied unseres starken Verbandes bewährt; immer hat er die gesteckten Ziele zu erreichen gewußt, und immer war er eine Pflanzstätte wahrer Kollegialität, besonders aber wurde manche materielle Not gelindert. Aus den bescheidensten Anfängen heraus entwickelte sich der Verein zur heftigen Bedeutung; nur der Krieg hat eine starke Erschlüftung verursacht — aber selbst diese wird überwunden werden. Von einer größeren Veranstaltung wie zum vierzigjährigen Jubiläum mußte abgesehen werden, für den 60. Gründungsstag hofft man ein würdiges Begeben zu ermöglichen. Eine gewisse Summe von Mühe und Arbeit ist in den 50 Jahren in selbstloser Aufopferung der Kollegen geleistet worden — zum Wohle der Allgemeinheit! Einen andern wichtigen Punkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zu den neuen Steuerungsulagen. Mit dem Erreichen kann die Kollegenschaft wohl zufrieden sein, und eine aus der Mitte der Anwesenden eingegangene und einstimmig angenommene Entschlüsselung erkannte die Arbeit unfrer Kollegen im Tarifauschusse voll und ganz an, bedauert aber, daß die neuen Zulagen selbst nach Erreichen der zweiten Rate nicht als Ausgleich der ins Ungemeinere gesteigerten Steuerungsverhältnisse gelten können. Die Jahresmal, so waren auch zur Jubiläumsvorstellung von den im Kriegsdienste stehenden Kollegen Grüße in verschiedenen Formen eingegangen — das beste Zeichen der Anhänglichkeit und Treue zum Ortsverein auch für die Zukunft!

Rechtshausen. Am 13. Juli fand im hiesigen Ortsverein eine von fast allen Kollegen besuchte Versammlung statt. Der Bezirksvorsitzende Friedemann (Bochum) hielt ein ausführliches Referat über die letzte Tarifauschlußung. In der regen Diskussion wurde von allen Rednern den Gehilfenvertretern für ihre geleistete Arbeit Dank und Anerkennung gezollt; andererseits wurden die gewährten Steuerungsulagen gegenüber der herrschenden Steuerung als durchaus unzureichend bezeichnet und die späte Einführung derselben beklagt.

Stendal. Am 10. Juli fand eine Mitarbeiterversammlung statt; in der Vorsitzende Burgoff Bericht erstattete über die Bezirksleiterkonferenz in Halle am 7. Juli

über die Tarifauschlußung in Berlin. Mit dem Bericht waren die anwesenden Kollegen einverstanden. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Die Verarmung spricht ihren Vertretern für geleistete Arbeit ihren Dank aus, obgleich ein Ausgleich bei den jetzigen Steuerungsverhältnissen noch in weiter Ferne liegt.“

Lüdingen. In der am 14. Juli stattgehabten Bezirksversammlung nahmen die Kollegen, auch Reutlingen und Pfullingen war vertreten, den Bericht über die Generalversammlung und die Tarifauschlußung entgegen. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Ausführungen, zumal bei dieser Gelegenheit an Stelle des leider anderweitig engagierten Gauvorsitzers Klein Gauvorsitzungsmitglied Kurz sich einfürte. Im allgemeinen wurde dessen Ausführungen mit Befriedigung aufgenommen. Wenn auch nicht allen Wünschen der Gehilfen entsprochen werden sei, so lasse sich doch eine materielle Besserstellung erkennen. Bemängelt wurde hauptsächlich die Verzögerung des Einführungsstermins sowie die Teilung des Betrags; auch konnte die Erklärung, vor dem 1. April nächsten Jahres um keine weiteren Erhöhungen einzukommen, keine Anerkennung finden. Aus der Resolution wie aus den Verhandlungen ergibt sich kein bestimmtes Datum. Red.) Bezüglich der Abschlüssen wurde an Beispielen erbracht, daß solche zum Teil billiger als gewöhnliche Stunden zu leisten wären; es wird hierin Änderung ermarct. In der Frage des möglichst zu vermeidenden Stellenwechsels sei bemerkt, daß dies eigentlich eine weitere Hemmung bedeutet, zumal ja durch das bekannte Gesetz die Arbeitsgeber an sich schon Mittel genug in der Hand hätten, dem Wandertriebe zu begegnen. Einem Antrage der Stuttgarter Kollegenschaft, die Ertraktsteuer von 20 auf 50 Pf. zu erhöhen, wurde zugestimmt.

Peter Kofegger ins Grab

Geboren 31. Juli 1843 Gestorben 26. Juni 1918
Der hundertkündigst lebende Mann in Pann mit seiner Peter! Auf Niemeckrammen Abschied nahm Freund Peter Kofegger. Kurz, vor sich hin und schiedlich im Schloß der Ring der Jahre, Gesicht sein helles Augenpaar; der Dichter ging zur Wahr.
Und kaum sind seine Hände noch, die festhalten, erkaltet, Gehl schon ein Traum da und dort; Der Mann, er war veraltet! Die Zeit, die vorwärts drängt, ist von ihm abgehommen, Man hat schon lang in weitem Kreis ihn nicht mehr ernst genommen!“ —
Man kennt sie, die in bläulichem Kleid ihr Urteil also fällen: Ein Altertrentatum, die „Intellektuellen“, Die Schimpansen unfrer Zeit, die ideoenden Phantasten, Die Abbild jeder Wirklichkeit — sie sind's, die stets ihn dahlen!
Wir andern aber ehren ihn als großen Deutschen Dichter, Uns sollen sie beirren nicht, die wesseln Spießritzer. — Weß Bücher echte Heimatkunst, von Waldesuß umwoben, Als Werke hoher Menschlichkeit wird sie die Nachwelt loben!
Der aus dem Volk gekommen ist, der für das Volk geschrieben, Den „Mist“, aus der Fingermagd, ihn wird das Volk noch lieben, Denn mancher der „Redneren“ liegt schon längst beim alten Eisen, Der heute sie mit Paukenschall als „Lagerbücher“ preisen!“
München. Jakob Berger.

verschiedene Eingänge.

„Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Monatschrift für die graphische Kunstgehand. Heft 6. 36. Jahrgang. 1918. Bezugspreis halbjährlich in Deutschland 3,40 Mk. (4,25 Fr.). Zu beziehen durch den Buchhandel von M. Schneider & Co. Buchhändler von V. Strödel, Engler, St. Gallen, St. Leonhardtstraße 6.

Briefkasten.

J. P. in S.: Von allem dankend Kenntnis genommen. Die Anfrage von E. P. betraf etwas andres. A. G. aus G.: Sei ganz erlaut — und erfreut angelegt — mit wach großen Verständnis empfangene und lange schon den Bericht enthielt die Dinge verfolge. Eine solche Arbeitsfähigkeit wäre so manchen von der inneren Front zu wünschen! Wie Sie aber auch den großen Problemen dieser Zeit nachgeben, das dürfte wohl nur selten am besten sein. Warten Sie einen Brief von uns ab. — A. G. in B.: Ihr Artikel ist zu dem angelegentlichem Schritte zurückgekehrt worden. Es ist ein Irrtum von Ihnen, daß der „Korr.“ alles aufzunehmen hat, was eingehet. Sachliche Kritik muß auch dem Erfordernisse der Sachgemäßheit entsprechen. Im übrigen begeben wir uns auf die in der Briefkastennotiz von Nr. 32 Gelegte. — A. G. in B.: Sie haben recht, es bestehen für beide Zeitschriften Schwierigkeiten, die die aus den anormalen Verhältnissen ergeben. — A. G. in B.: Die Länge des Berichts zwang zur Zurückstellung für eine unangenehme Nummer. — A. G. in B.: Das war doch ein Schicksal für die Beileistungen! — E. G. in B.: Die Kriegsbedingtheiten infressen und -bewegung darf der „Korr.“ nicht aus dem Auge lassen, weil viele der Anfriger daran Anteil haben. Wir haben noch den Raumbedingtheiten aus alles getan; im laufenden Jahrgang erscheinen bisher vier besondere Artikel darüber. In der sozialpolitischen Rubrik sind daneben noch die geistlichen Maßnahmen behandelt worden. Jetzt haben wir seit Wochen und Monaten die Buchdruckangelegenheiten des unbestreitbar sehr reichhaltigen und interessanten Artikels in der Sach, auch der von Ihnen gewünschten. Das Angegebene wird entsprechend eingearbeitet werden. — A. G. in B.: Auch diese Hoffnungen sind vorübergefallen, und dann dürfen wohl sozusagen die Versammlungstermine kommen. Denn Generalversammlung und Tarifauschlußung müssen sich einmal ablaufen. Im August und September wird selbstverständlich der „Korr.“ wieder Erledigungen leisten müssen in zweifelhafte Nummer. — D. Z. in B.: Ich unter Dank unfrer Material nicht verleiht, wo es der Bearbeitung in anderer Zeit heilt. — S. G. in B.: Ich zu meine Güte! — A. G. in B.: Waren schon versetzt

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen.

Glag. Vorsitzender und Kassierer: Paul Matzbeck, Odenring 20 II.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse.)
Im Gau Hannover der Seher I. Friedrich Jimmermann, geb. in Soltau 1879, ausget. dal. 1896; war schon Mitglied; 2. Sehmig Ebers, geb. in Soltau 1897, ausget. dal. 1918; war noch nicht Mitglied. — Emil Frische in Naaken-Hannover, Hildeshimer Straße 7.
Im Gau Schlesien der Seher Paul Seppner, geb. in Kreisburg (O.S.) 1880, ausget. dal. 1897; war schon Mitglied. — A. Fiedler in Breslau, Kupferstraße 7 II.

Berichtskalender.

Dresden. Maschinenleerverammlung Sonnabend, 3. August, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“.

Schriftsetzer
für alle Arbeiten gesucht. Offerten mit näheren Angaben erbeten an [684] Fr. Dieb, Düsseldorf.

Schriftsetzer
finden dauernde Stellung in [679] G. Wiesthes Buchdruckerei, Brandenburg (Havel).

Mehrere Werksetzer
sowie gesucht. [711] Spamerische Buchdruckerei, Leipzig.

Stoffe Zeitungsetzer
in Dauerstellung gesucht. [717] E. H. Walter, Dettich.

Akzidenz- und Werksetzer
finden dauernde Stellung. Angebote mit Wohnangabe an [704] Buchdruckerei Julius Meier, Leipzig-A., Generalstraße 13/17.

Schriftsetzer, Flachdrucker, Rotationsmaschinenmeister
sucht die [695] Buchdruckerei Rudolf Straß, Berlin SW19, Gerulatenstraße 46/49.
Wegen Todesfalls suchen wir zum baldigen Eintritt in Dauerstellung einen ersten **Akzidenzsetzer**
tüchtig in Entwurf und Ausführung. Gest. Angebote mit Angabe der Wohnansprüche erbeten [678] J. Wiesthes Buchdruckerei, Brandenburg (Havel).

Linotypsetzer
mittelfähig, der alle vorkommenden Einrichtungen besitzend, sofort gesucht. Bewerbungen mit Wohnangabe erbeten. [703] „Apoldaer Zeitung“, Apolda i. Thür.

Maschinensetzer
Linotype (Ideal) oder Typograph A. kann sofort eintreten. [703] „Zweibrücker Zeitung“, Zweibrücken.

Maschinenmeister
sofort gesucht. [673] E. Haberland, Leipzig-23.

Maschinenmeister
für Formular- und Plattendruck, eventuell ein Universal-Anlageapparat, finden sofort dauernde Stellung. [713] Buchdruckerei der Wilhelm v. Berthe a. Baensch-Stiftung Dresden-A., Wallenhausstraße 34.

Maschinenmeister
für Werkdruck gesucht. Angebote mit Gehaltsansprüchen erbeten. [413] Piereische Buchdruckerei, Altenburg (S.-A.).

Maschinenmeister
suchen Ernst Kells Nachf. (Aug. Scher), G. m. b. H., Leipzig-Güterhof.

Buchdruckmaschinenmeister
tüchtig und erfahren, für Illustrationen, Akzidenz- und Werkdruck gesucht. Offerten mit näheren Angaben erbeten an [685] Fr. Dieb, Düsseldorf.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen **Farbendrucker**
für Drei- und Vierfarbendruck in dauernde Stellung. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche und Angabe der bisherigen Tätigkeit erwünscht. [691] Serz & No., Kunstanstalt, Nürnberg.

Farben- oder Illustrationsdrucker
oder solcher, der sich darin vervollkommenen will, auch Färbeschädigter, als zweiter gesucht. Gehaltsansprüche an Thüringer Kunstanstalt, G. m. b. H., Gera-Untermhaus (Reuth).

Monotypsetzer
findet in einer größeren Druckerei Mitteldeutschlands dauernde Stellung. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche an [400] Hugo Linde, Leipzig, Johannissallee 4 I.

Schriftsetzer
für unfrer Hausgelehrer gesucht. [412] Piereische Buchdruckerei, Altenburg (S.-A.).

Stereotypsetzer
in dauernde Stellung gesucht. [700] C. Gundlach A.-G., Bielefeld.

Zurichtmesser und Scheren
süßen und Angelfen sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfehlt A. Siegel, Leipzig-A., Mühlstraße 17. Katalog unberechnet und frei.

Leipzig Gasshaus Friedrichstr. 9
„Zum Goldenen Winkelhaken“
Empf. meine feinsten Lokalität; gute, laub. Aernacht. B. verw. Medam. [702]

Unterzeichneter bittet die Herren Kollegen um Mitteilung der Adresse des Maschinenmeisters [710]

Karl Friedrich Greuter
geboren in Mannheim. [709] Joh. Greuter, Kunstst., Lehrstraße 83.

Wiederum hat der Weltkrieg einen Kollegen von uns gefordert. Im Westen fiel der Seher.
Otto Reuffurth
aus Schwaga. [712] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Wiesel.

Nach längerem Krankenlager verschied am 21. Juli im Lazarett in Bad Ems an den Folgen einer schweren Krankheit unser lieber Kollege [714]

Willi Haubold
Militär-Krankenwärter-Gesf. Als Vorsitzender der Graphischen Vereinigung war sein eifriges Bestreben, diese nach jeder Richtung hin zu fördern. Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahrt.
Die Graphische Vereinigung Altenburg.

In den letzten Kämpfen haben wir wieder einen Verlust zu beklagen. Am 17. Juli verschied in einem Feldlazarett unser lieber Kollege, der Seher [720]

Julius Reiche
Inhaber des Eisernen Kreuzes und der Friedrich-August-Med. aus Leipzig-Mäckern.
Wir betrauern das frühe Hinscheiden unseres Kollegen. Sein ruhiges Wesen und kollegialer Charakter werden ihm ein dauerndes Andenken in unsern Reihen sichern.
Die Verbandsmitglieder der Firma Oscar Brandtfeiler, Leipzig.

Am 21. Juli verschied nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Maschinenmeister **Karl Voigt**
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der Firma Hallberg & Bächling, Leipzig.

Wiederum hat der schreckliche Krieg zwei brave, strebsame Kollegen aus unfrer Mitte gerissen, den Typographen [705]

Kurt Reuhof
und den Monotypsetzer **Fritz Denke**
Am 23. Juli verschied nach kurzer Krankheit, schnell und unerwartet, der Linotypsetzer **Otto Wiegand**
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen Die Leipzig-Maschinenleervereinigung.

Am 23. Juli verstarb nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Maschinenleger **Otto Wiegand**
im Alter von 35 Jahren. Sein bescheidenes, kollegiales Wesen liehert ihm bei uns ein ehrendes Andenken.
Seine Kollegen vom „Leipziger Tageblatt“, Leipzig.

Am 23. Juli verschied im 69. Lebensjahre unser lieber Kollege, der Seherinvalide **Gustav Sessel**
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Kollegen der Firma B. O. Teubner, Leipzig.

Am 21. Juli verstarb unser lieber Kollege, der Seherinvalide **Rudolf Böcher**
aus Hamburg, im 60. Lebensjahre. [715] Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Am 23. Juli verstarb nach schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher [709]

Abraham Kolb
aus Nürnberg, im 54. Lebensjahre. Im ihm verliert die Mitgliedschaft ein liberates fähiges Mitglied.
Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahrt.
Die Mitgliedschaft Nürnberg.